

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 4 (1985)

Heft: 3: Energie für die Energie-Stiftung

Artikel: Ökologie und Wissenschaft : Angst vor "grüner" Hochschule

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANGST
VOR «GRÜNER»
HOCHSCHULE



rm. Eine Falschmeldung mit Nebentönen: Am 6. Juni wurde das Postulat von Nationalrat Arnold Müller zur Umstrukturierung der ETH nach ökologischen Grundsätzen als überwiesen gemeldet – und am 7. Juni die Korrektur nachgeschoben. Dank dem Einsatz der Liberalen – «ein schöner liberaler Erfolg» – war dieses Postulat gescheitert: die «wirklichkeitsfremde Forderung» fand keine Gnade vor dem Rat. Ökologie ist an unseren Hochschulen offenbar noch nicht salonfähig.

Der unbestechliche Veterinärmediziner und grüne Nationalrat Arnold Müller, Bachs, reichte am 13. März 1985 im Nationalrat ein Postulat ein, in welchem er den Bundesrat ersuchte, «die Eidg. Technische Hochschule durch eine entsprechende Umstrukturierung in den Stand zu setzen, im Bereich der angewandten Forschung den heutigen komplexen Problemstellungen, bedingt durch die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, gerecht zu werden.» Begründet hat Arnold Müller sein Postulat mit folgenden Überlegungen:

“ Die Zweckbestimmung unserer Hochschulen lässt sich mit Lehre und Forschung umschreiben. Unter dem Oberbegriff Forschung sind Grundlagenforschung und angewandte Forschung zusammengefasst. Von angewandter Forschung spricht man dann, wenn sie sich auf eine existente Problematik bezieht. Mit Rücksicht auf die Gesellschaft, die das Hochschulwesen hervorbringt und trägt, ist die angewandte Forschung somit auf vordringliche Problemstellungen oder Bedrohungen auszurichten. Die fortschreitende Verarmung der Natur und eine Reihe von Umweltkatastrophen sind zwar bezüglich der unmittelbaren Ursachen mit einfachen Kausalzusammenhängen zu erklären; zugleich aber sind sie Teilaspekte eines äusserst komplexen soziologischen, ökonomischen und ökologischen Netzwerkes. Unsere Hochschulen haben es nicht nur unterlassen, diese Analysen vorzunehmen und die Zusammenhänge aufzudecken, sondern behinderten aktiv Anstrengungen in diesem

Sinne. Schwerwiegende Schäden wären ausgeblieben, wenn die Hochschulen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ausreichend wahrgenommen hätten. Die Aufgaben der Hochschulen bezüglich Lehre und angewandter Forschung sind neu zu definieren und die Strukturen derart umzugestalten, dass den Anforderungen der Gegenwart Rechnung getragen werden kann. Auf Bundesebene betrifft dies die ETH.

Als Modellbeispiel kann die Problematik rund um den Klärschlamm herangezogen werden: Recycling von wertvollen Stoffen, vom Düngemittel über Pflanzen zum Tier bzw. Menschen und zurück zum Düngemittel, mit allen ökonomischen und ökologischen Aspekten wie Rückhaltevermögen in den landwirtschaftlichen Böden, Gewässerschutz, Krankheitsübertragung, Landesversorgung in Zeiten gestörter Zufuhr usw.

Mit dieser Fokussierung auf die angewandte Forschung soll die Bedeutung der Grundlagenforschung nicht herabgemindert werden. ”

Der Bundesrat zeigte sich für einmal offen – denn er war bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Anders jedoch der Nationalrat, welcher am 6. Juni mit 50 zu 47 Stimmen entschied, eine solche Umstrukturierung sei nicht angebracht. Federführend im Kampf gegen eine vermeintliche «grüne Revolution» in den Gehirnen der Hochschulverantwortlichen war die Liberale Fraktion, welche um die Freiheit der Wissenschaft fürchtete und das Postulat als «gefährlich» (Cavadini) bezeichnete.

Der Bundesrat sei sich eigentlich im klaren darüber, «dass er nicht wisse, was er mit dieser wirklichkeitsfremden Forderung anfangen solle», ist denn auch im Liberalen Presbiedienst vom 13. Juni unter dem Titel «Ein schöner liberaler Erfolg» zu lesen. «Zudem», ist an gleicher Stelle zu vernehmen, «gerate die politische Macht gefährlich in Versuchung, sich die wissenschaftliche Forschung untertan zu machen, welche ihre eigene Dynamik habe und den Spielregeln von Angebot und Nachfrage gehorche.»

Blickt man sich in der Schweizer Hochschullandschaft etwas um, so scheint die Spielregel von Angebot und Nachfrage in Sachen Ökologie ja auch bestens zu funktionieren – die Nachfrage ist da, von Seiten der Studenten. Das Angebot aber nach wie vor mager.

Zum Beispiel Universität Zürich:

1981 wurde der Zürcher Regierungsrat in einer Motion von Ursula Koch angefragt, ob er bereit sei, an der Hochschule (evtl. in Zusammenarbeit mit der ETH) einen Lehrstuhl für Ökologie zu schaffen. Die Antwort des Regierungsrates: «... Ein besonderer Lehrstuhl für Ökologie an der Universität kann... nicht geschaffen werden, weil von einem eigentlichen Fach Ökologie in wissenschaftlicher Hinsicht nicht gesprochen werden kann...» und es wird darauf hingewiesen, dass «ökologische Gesichtspunkte und Zusammenhänge» bereits in verschiedenen Fachbereichen an verschiedenen Schulstufen behandelt würden.

Die Angst der Hochschule vor der mangelnden «Wissenschaftlichkeit» des interdisziplinären Faches Umweltschutz zeigte sich auch im Vernehmlassungsverfahren, welches die Fakultätskommission «Umweltschutz» zwischen 1982 und 1984 durchführte. So wurde unter anderem der unterschiedliche Wissensstand der Studenten als Gegenargument vorgebracht: «Würde das Lehrveranstaltungs-niveau durch das als klein anzusetzende gemeinsame Wissen der Teilnehmer festgelegt, könnte wohl kaum noch von einer hochschulgerechten Veranstaltung gesprochen werden...» Von anderer Seite wurde auf mangelnde Erfahrung verwiesen und das Experiment als «verfrüht» kritisiert, und es wurde die praxis- und berufsbezogene Ausrichtung des Ökologiestudiums als «unpassend» für einen Diplom-Lehrgang an der Uni betrachtet...

Die Zustimmung von Seiten der Fakultät war lau, es zeigten sich Berührungspunkte mit interdisziplinären Inhalten, wie sie ein Nebenfach «Umweltschutz» gefordert hätte. Eindeutig war hingegen die Stellungnahme der Studentenschaft: Mit 970 gegen 3 Stimmen sprachen sich die StudentenvertreterInnen für dieses Fach aus, und im Juni 85

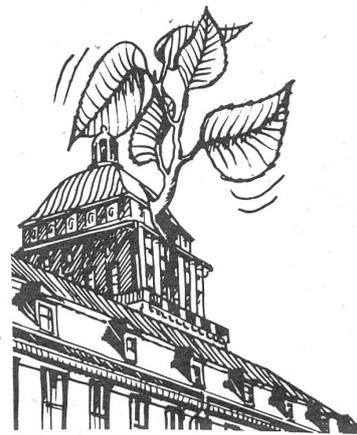
gelangten sie an die Presse, um endlich auf das aufs Abstellgeleise verschleppte Nebenfach Umweltschutz aufmerksam zu machen.

Kurz darauf – vier Jahre nach der Interpellation Koch – gab die Fakultät grünes Licht für die Ausarbeitung und Konkretisierung eines Projektes «Nebenfach Umweltschutz». Die Zustimmung war jedoch so knapp zustande gekommen, dass Professor Christopher H. Cook, Vorsteher der Philosophischen Fakultät II (Gegner der Vorlage), der Realisierung keine allzu grossen Chancen einräumt, wie er sich dem Tages-Anzeiger gegenüber äusserte. Auch an der Uni Zürich scheint «Umweltschutz» noch «wirklichkeitsfremd» und «verfrüht» zu sein.

Zum Beispiel Universität Bern

Auch in Bern bewegt sich einiges. «Zugpferd» war der Geologe Fredi Breitschmid, der im «Unipress»-Bulletin vom Februar 1983 eine Breitseite gegen die «Naturprofit-schaffler» publizierte und damit an der Universität heftige Diskussionen um Wissenschaft und Ökologie auslöste. Die Frucht dieser Diskussion: die «Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Ökologie an der Universität Bern» und ein Pilotversuch in interdisziplinärem Lehren und Lernen, ein Experiment, das auf viel Beachtung stiess und von allen Beteiligten als wertvolle Erfahrung angesehen wurde. Eine Wiederholung dieses Seminars ist für 1986 geplant.

Inzwischen läuft jedoch auch auf politischer Ebene einiges: 1984 reichte die Abge-



MIT 970 GEGEN 3 STIMMEN SPRACHEN SICH DIE STUDENTENVERTRETER FÜR DIESES FACH AUS

ordnete des Jungen Bern, Joy Matter, im Berner Grossen Rat eine Motion ein, in welcher sie die Schaffung einer Einrichtung für Allgemeine Ökologie forderte – und damit scheinbar offene Türen einrannte: die Mo-



Nebenfach Umweltschutz. Das Nebenfach «Umweltschutz» könnte laut Konzept der vorbereitenden Kommission (7 Professoren, 4 Studentenvertreter) nach Bestehen des ersten Vordiploms belegt werden, frühestens also nach dem 5. Semester. In insgesamt 12 Semesterwochenstunden sollen Grundlagen der Ökologie (Ökophysik, Ökochemie, Ökogeologie und Biologie) sowie Umweltrecht, Umweltökonomie und Umweltplanung behandelt werden. Wer das Fach als Hauptnebenfach wählt, muss zusätzlich ein Praktikum absolvieren.

tion wurde mit grosser Mehrheit überwiesen. Die Antwort des Erziehungsdepartements fiel ebenfalls positiv aus, und nun ist eine Gruppe daran, ein Projekt auszuarbeiten. Man räumt sich eine Phase von zwei Jahren ein, um zu brauchbaren Resultaten zu gelangen – vielleicht zeigt sich bis dann, wie «Ökologie» den strengen Massstäben der «Wissenschaftlichkeit» gerecht werden kann. Vorläufig wird in diesem Bereich noch sehr viel der Initiative einzelner und dem guten Willen interessierter Kreise überlassen. Dass das Bedürfnis nach solchen Kursen gross ist, zeigen jedoch die Studentenzahlen: Interdisziplinäre Veranstaltungen haben meist keine Mühe, Hörsäle zu füllen. ♦